2013/49 Thema

https://jungle.world/artikel/2013/49/die-macht-des-stigmas

Die globale Tendenz zur gesellschaftlichen Stigmatisierung von Abtreibung

Die Macht des Stigmas

Von **Sarah Diehl**

Die Debatte über Schwangerschaftsabbruch und seine gesetzliche Regelung erlebt seit Jahren einen konservativen Backlash. Ein internationaler Überblick.

Fast 20 Jahre ist es her, dass die Vereinten Nationen im September 1994 zur Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung nach Kairo geladen haben. Die Staatengemeinschaft erkannte dort zum ersten Mal das Recht eines jeden Menschen auf »reproduktive Gesundheit« an. Der Definition zufolge bedeutet dies, dass alle Menschen ein »befriedigendes und ungefährliches Sexualleben« haben können und dass sie »die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie von ihrer Möglichkeit zur Fortpflanzung Gebrauch machen wollen«. Nach massiven Protesten einiger Länder wurde hinzugefügt, dass der Schwangerschaftsabbruch nicht als Methode der Familienplanung anerkannt werden solle; wenn er jedoch legal ist, solle er von sachkundigem Personal durchgeführt werden. Hinsichtlich der Entkriminalisierung von Abtreibung gab es seither kaum weitere Fortschritte. Die letzten Länder, die Abtreibung in jüngerer Zeit entkriminalisierten – meist nur bei bestimmten Indikationen und mit zu kurzen Fristen –, waren Portugal, Benin, Bhutan, Kambodscha, Tschad, Kolumbien, Äthiopien, Guinea, Iran, Mali, Nepal, Niger, Saint Lucia, Swaziland, Spanien, Schweiz, Thailand, Togo und der mexikanische Hauptstadtbezirk, dank des progressiven Bürgermeisters, während sie im restlichen Mexiko illegal bleibt. Die Legalisierung ist selten gleichbedeutend mit der Zugänglichkeit von sicheren Schwangerschaftsabbrüchen, da das gesellschaftliche Stigma noch sehr stark ist. In Mexiko gab es Fälle von Frauen, die wegen Fehlgeburten zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt wurden. Ihnen wurde vorgeworfen, eine Abtreibung selbst eingeleitet zu haben. Eine solche Rechtslage bewirkt, dass Frauen sich selbst bei Komplikationen in der Schwangerschaft nicht mehr in Kliniken trauen. Nach der Konferenz von Kairo führten mehrere Staaten Klauseln ein, wonach Frauen bei Komplikationen nach unsicheren Abtreibungen in Kliniken geholfen werden soll. Damit hat man unausgesprochen akzeptiert, dass es einen Bedarf an Schwangerschaftsabbrüchen gibt und dass sie tatsächlich in relevanter Zahl vorkommen. Doch ist es eine bodenlose Heuchelei, dass Frauen mit dem Problem allein gelassen werden, bis sie es in der Illegalität mit oft gefährlichen Methoden – etwa Bleichmittel und Stricknadeln – selbst regeln müssen. Erst dann dürfen sie eine gesundheitliche Versorgung bekommen, also

erst, wenn sie mit Infektionen, Verätzungen und Perforierungen der Gebärmütter ihr Leben riskiert haben – ein untragbarer Zustand, der mit dem Recht auf reproduktive und sexuelle Gesundheit unvereinbar ist. Weltweit finden 48 Prozent aller Abtreibungen unter medizinisch unsicheren Umständen statt. Mehr als 95 Prozent aller Abtreibungen in Afrika und Lateinamerika und etwa 60 Prozent in Asien, mit Ausnahme von China, sind unsicher. Die Instrumentalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch politische und religiöse Gruppierungen betrifft nicht nur Länder, in denen die medizinische Versorgung prekär ist, außerdem wirkt sich die Stigmatisierung von Abtreibung negativ auf den gesamten Bereich der Frauengesundheit aus. Die US-Regierung unter Ronald Reagan verabschiedete 1984 die »Global Gag Rule«, die seitdem immer wieder zurückgenommen und wieder eingeführt wird, je nachdem, ob die Demokraten oder Republikaner regieren. Sie besagt, dass international agierenden NGOs, die Informationen und Dienstleistungen zum Thema Schwangerschaftsabbruch anbieten oder sich auch nur befürwortend dazu äußern, die finanziellen Mittel der US-Regierung gestrichen werden. Die Gag Rule machte viele von Frauenrechtlerinnen erkämpfte Errungenschaften in Hinblick auf sexuelle Selbstbestimmung innerhalb kürzester Zeit zunichte. Die betroffenen NGOs – darunter vor allem die International Planned Parenthood Federation, die in der Familienplanung führende Organisation weltweit – konnten ihrer Aufklärungsarbeit, etwa der Verteilung von Verhütungsmitteln, oft nicht mehr nachkommen. Das hatte eine Zunahme der ungewollten Schwangerschaften und Abtreibungen zur Folge. In zwölf US-Bundesstaaten gab es von heute auf morgen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln mehr. Unter Barack Obama wurde die Gag Rule zwar außer Kraft gesetzt, abgeschafft ist die Regelung jedoch noch nicht. Zu beobachten ist weltweit die Tendenz, in die rechtlichen Regelungen Klauseln aufzunehmen, die es dem Gesundheitspersonal erlauben, die Beteiligung an Schwangerschaftsabbrüchen aufgrund persönlicher Überzeugung zu verweigern. Dies besiegelt die unhinterfragte Selbstverständlichkeit der Stigmatisierung von Abtreibung, und die meisten Ärzte machen oft davon Gebrauch, um die Auseinandersetzung mit konservativ eingestellten Kollegen zu vermeiden: Es ist immer leichter, sich als »Lebensschützer« zu inszenieren. Zudem versuchen konservative Kreise, diese »moralischen Bedenken« nicht nur auf Abtreibung, sondern auf jede Form der Familienplanung zu beziehen. Bereits in drei US-Bundesstaaten sind Gesetze verabschiedet worden, die es Apothekern erlauben, aus moralischen Gründen die Herausgabe von Verhütungsmitteln und der sogenannten »Pille danach« zu verweigern. Sogar Vergewaltigungsopfern wurde die Notfallverhütung bereits verweigert. Bestürzend ist, dass sämtliche Gruppen von Abtreibungsgegnern weltweit sich auch grundsätzlich gegen Familienplanung, Sexualaufklärung und Verhütung im Allgemeinen aussprechen, also paradoxerweise gegen die wichtigsten Maßnahmen, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Eine positive Entwicklung war 2005 die Verabschiedung des »Protocol to the African Charter on Human and Peoples' Rights on the Rights of Women in Africa«, kurz »Maputo Protocol«. Darin wird der Zugang zu Abtreibungen in Fällen von Vergewaltigung und Inzest sowie bei Gesundheitsproblemen befürwortet. 25 afrikanische Staaten haben das Dokument bisher ratifiziert. Aber der Widerstand dagegen ist groß, obwohl es noch nicht einmal Abtreibung auf Wunsch der Frau ohne medizinische Indikation vorsieht. Festzustellen ist, dass sich die Missionierung der afrikanischen Bevölkerung in der Kolonialzeit für die katholische und evangelische Kirche nun in dieser Frage auszahlt. Die Dämonisierung von Abtreibung und Homosexualität ist ein

willkommenes Werkzeug, um von unbequemen Problemen abzulenken und Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwehren. Politiker in christlich geprägten Staaten wissen, dass sie leicht Stimmen verlieren, wenn sie Maßnahmen gegen Abtreibung die Zustimmung verweigern, und die Kirche setzt dies gezielt ein. Der Vatikan versucht, mit internationalen Politikern zusammenzuarbeiten. So kam es unter anderem zum Komplettverbot der Abtreibung in Nicaragua und zu einer Rekriminalisierung in Polen. Zudem mobilisiert die Kirche in vielen Ländern für Verfassungsänderungen, in denen festgelegt wird, dass das Leben im Sinne des »Menschseins« bereits bei der Empfängnis beginnt. Damit wären alle Formen von Schwangerschaftsabbruch auf einen Schlag Tötungsdelikte und mithin illegal und die Resolutionen von UN, EU und der African Union hinfällig. In der Dominikanischen Republik steht seit dem 26. Januar 2010 in der Verfassung, dass das Leben bei der Empfängnis beginnt. Damit sind alle Abtreibungen ad hoc kriminalisiert, auch diejenigen, die das Leben der Frau retten sollen. Diese Tendenzen machen deutlich, welche Projektionsfläche potentielles Leben im Frauenkörper darstellt. Abtreibung wird als Indikator für Immoralität und weibliche Grenzüberschreitung inszeniert: Weibliche Selbstbestimmung wird so als Ursache von Promiskuität und Verwahrlosung der Sitten stigmatisiert. Die »Menschenrechte« des Embryos zu betonen, wird als Fortschritt der zivilisierten Welt dargestellt, ohne die Implikationen für die Frauen und für ihre Familien mitzudenken. Die EU ist kein Garant für das Recht auf Abtreibung. Sie beugte sich den Ländern, in denen Abtreibung immer noch kriminalisiert ist, also Irland, Polen und Malta – in Litauen läuft gerade ein Gesetzesverfahren zu Rekriminalisierung –, als diese bei ihrem EU-Beitritt zur Bedingung machten, weiterhin autonom über ihre Gesetze zur Familienplanung zu bestimmen. Vor dem Hintergrund der sinkenden Geburtenzahlen in vielen europäischen Ländern werden zudem Ängste vor Überfremdung geschürt und fremdenfeindliche Diskurse legitimiert. Weißen, zumeist christlichen Frauen wird die Verantwortung für die demographische Zukunft ihrer Nationen zugesprochen, während Kinder aus Migrantenfamilien oft zu »Problemfällen« stilisiert werden. In vielen osteuropäischen Staaten werden vermehrt Gesetze »zum Schutz von Familie und Tradition« verabschiedet, was oft nur euphemistisch die Zurücknahme von Frauenrechten bezeichnet. In den ehemaligen Ostblock-Staaten hat man nach dem Fall des Kommunismus eine neue, vom Katholizismus oder der Orthodoxie geprägte nationale Identität konstruiert, die immer wieder durch die Hetze gegen Abtreibung wie auch gegen Homosexualität inszeniert wird. Dementsprechend wurde Polen beim 4. Welt-Familienkongress 2007 in Warschau mit seinem Abtreibungs- und Aufklärungsverbot als »Bollwerk gegen den Verfall Europas« gefeiert. Mitorganisiert haben diesen Kongress neben der rechtsgerichteten American Society for the Defense of Tradition, Family and Property auch Mitglieder von Human Life International (HLI), der einflussreichsten Organisation von Abtreibungsgegnern weltweit. Diese Kongresse finden alle zwei Jahre statt. HLI hat den Hauptsitz in den USA und betreibt Büros in 80 weiteren Ländern. Die Organisation macht sowohl Lobbyarbeit in der internationalen Politik als auch Grassroot-Aktionen. HLI mobilisiert eine internationale und hochkarätige Lobby gegen Familienplanung und Frauenrechte. Der Einfluss der Organisation zeigt sich in deren Aktionen der vergangenen zwei Jahrzehnte. HLI war an der Vorbereitung des absoluten Abtreibungsverbots in Nicaragua ebenso beteiligt wie an den absurden Anschuldigungen gegen den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), dieser würde den Genozid Slobodan Miloševićs weiterführen, da sie vergewaltigten Frauen im Kosovo

Notfallverhütung und Zugang zu sicheren Abtreibungen zur Verfügung stellte. HLI mobilisiert gegen das Maputo Protocol und unterstützt finanziell die Familien der Mörder von Abtreibungsärzten in den USA, die oft aus der rechtsextremen Szene stammen. Wenn man sich nicht auf die Politik verlassen kann, machen es die Frauen eben selbst: In vielen Ländern sind Selbsthilfeorganisationen entstanden, die international vernetzt sind. Die Gruppe abortionsupport.org.uk organisiert und finanziert etwa Reisen für Frauen aus Irland und Mexiko in Länder, in denen sie legal abtreiben können. In Kenia, Nigeria und Argentinien gibt es Hotlines wie auntyjanehotline.weebly.com, bei denen sich ungewollt schwangere Frauen informieren können, wie sie mit dem meistens frei erhältlichen Medikament Misoprostol eine sichere Abtreibung selbst einleiten können. Die Weltgesundheitsorganisation nimmt an, dass die Todesrate bei selbst eingeleiteten Abtreibungen in den vergangenen Jahren aufgrund dieser Selbsthilfe von 68 ooo auf 48 000 gesunken ist. Die Autorin arbeitet derzeit an dem Dokumentarfilm »Illegal – but not Immoral«, der Aktivistinnen in drei Ländern porträtiert, die in der Illegalität den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen organisieren.

© Jungle World Verlags GmbH